Jugend-Bewegung.

Heurecka — Geheimdokumente.

Die Berliner „Rote Fahne" hat wiederum eine große Entdeckung gemacht. Die Jungdemokraten, die gewöhnlich auf dem Boden der K. A. P. stehen, haben ein Manifestchen — ein „Geheimdokument" verbreitet.

Dieses Manifestchen dient einem engen Zusammenschluß der Opposition innerhalb der Freien Sozialistischen Jugend. Wenn jener Schreiber in der „Roten Fahne" die Schaffung einer engen Verbindung als „verbrecherische Verantwortungslosigkeit" bezeichnet, so werfen wir ihm an seine Väter in der Spartakuszentrale, die über „verbrecherische Verantwortungslosigkeit" am besten orientiert sind. Was die „Geheimdokumente" anbetrifft, so ist gleichfalls die Zentrale des Spartakusbundes über die Schaffung solcher, am besten zur Auskunft imstande. Jener Hinweis auf den Anarchismus und Nationalbolschewismus zeigt nur, wie wenig Verständnis über das Wesen der K. A. P. in jenen Kreisen vorhanden ist. Um auf die Basis verbundene Demunziation hinzuweisen genügt es festzustellen:

„Wie die Alten sungen — so pfeifchern schon die Jungen!"

Felix Lewinsohn.

Aus Groß-Berlin.

Funktionärsitzung.

In einer kürzlich stattgefundenen Funktionärversammlung, die von 21 Unterbezirken und gut besucht war, erstattete der Genosse den Rechenschaftsbericht für Monat Mai. Es wurde ihm Entlastung erteilt. Die Kassenberichte wurden nun gemacht.

Der 2. Punkt ergab eine lebhafte Aussprache über das Zusammenarbeiten der Partei mit der Betriebs-Organisation, die vieles zu wünschen übrig ließ. Das Resultat der Aussprache war u. a. die Annahme des Antrags:

Die Organisationen der V. O. und der K. A. P. verpflichten ihre Referenten zu gemeinsamer Arbeit im Referenten-Ausbildungskursus.

Angenommen und der 22er Kommission der B. O. überwiesen, mit dem Wunsch, einen dementsprechenden Beschluß zu fassen, wird folgender Antrag:

Die Funktionärversammlung ist im Interesse des gemeinsamen Arbeitens zwischen Partei und B. O. für die Bildung einer gemeinsamen Preßkommission.

Den Unterbezirken zur Beschlußfassung überwiesen wird der Antrag, daß alle Parteifunktionäre Mitglieder der B. O. sein müssen, bei Weigerung haben sie ihre Funktionen in der Partei niederzulegen.

Weiter wird ein ausführlicher Bericht von der letzten Zentral-Ausschußsitzung erstattet, an den sich keine Diskussion anschließt.

Zum Schluß wird noch mitgeteilt, daß gegen verschiedene unseren Genossen in den Betrieben von Anhängern der U. S. P. und des Spartakusbundes die schmählichsten Verdächtigungen ausgesprochen werden, sie Spitzel usw. zu Verbindung, seien Spitzel usw. Es werden in Kürze Material und geschickte Dokumente veröffentlicht. Andere Genossen bestätigen diese Hetze in den Betrieben.

Auch „Arbeiter-Vertreter".

Eine besonderer Kapitel in der Arbeiterbewegung, oder ein Stiefkind bilden die sich mehr revolutionär nennenden Betriebsräte, die der einzig „revolutionären" U. S. P. angehören.

Mit welchen Talen diese „Vertreter" der Arbeiterschaft die Revolution fördern, soll folgendes beweisen:

Im Betrieb der K. C. G. Kabelwerk Oberspree (12 000 Arbeiter und Angestellte) hat, nachdem während des Kapp-Putsches die Macht revolutionärer Arbeiterräte eben auch durch die Tätigkeit der alten U. S. P.-Räte in die Brüche gegangen war, am 20. bis 22. Mai die Wahl von gesetzlichen Betriebsräten stattgefunden.

Durch rege Propaganda und Agitation machten die Genossen der K. A. P. und A. A. U. die Arbeiterschaft auf das Schandgesetz aufmerksam, und forderten sie auf, sich nicht an den gesetzlichen Wahlen zu beteiligen, sondern revolutionäre Arbeiterräte zu wählen.

Sie gefielten auch das konterrevolutionäre Gebahren des alten Arbeiterrats.

Auch am Tage der Wahl zu den gesetzlichen Betriebsräten forderten unsere Genossen nochmals durch ein Flugblatt auf, revolutionäre Arbeiterräte zu wählen. Auf diesem Flugblatt war gleichzeitig eine Liste das Kandidaten revolutionärer Arbeiterräte aufgestellt.

Zur Wahl gaben sie Stimmzettel aus, und hielten eine eigene Wahlurne auf. — Jetzt begann auch die Tätigkeit von Funktionären der U. S. P.

Unsere Genossen hatten ihre Wahlurne im gleichen Raume, wo die gesetzlichen Betriebsräte gewählt wurden, aufgestellt, und gaben zu Stimmen.

Durch ein gemeines Manöver von unserer Wahlurne bekamen die Funktionäre der U. S. P. es mit der Angst zu tun.

Sie befestigten ein Schild am Eingang, worauf stand: „Die Wahl der gesetzlichen Betriebsräte findet an der Sonderseite statt. Rechts am Eingang." Sie machten auch alle möglichen Anspielungen die revolutionären Arbeiter von der Wahl abzuhalten.

Die Urne aber auch nicht lange, da schickte die Direktion Vertreter, die unseren Genossen aufforderten das Lokal zu verlassen. Drei unserer Genossen, die die Wahl leiteten, erwiderten, daß sie keine Veranlassung hätten dieser Aufforderung zu folgen. Sie nahmen für sich Hausrecht in Anspruch wie die anderen. — Die Direktion im wohlüblichsten Beisein des Wahlleiters für gesetzliche Betriebsräte machten unsere Genossen auf das „ungesetzliche" ihrer Handlung aufmerksam und erklärten, sie [illegible] Gewalt weichen.

Es wurde dann vorläufig nichts unternommen, bis am andern Morgen die drei oben angeführten Genossen plötzlich entlassen wurden.

Der Grund bei Grund zu ihrer Entlassung angegeben war, bedeuten sie dem alten Arbeiterausschuß auf, mit zur Direktion zu gehen, um zu hören, welcher der Grund für ihre Entlassung sei. Die Antwort dieser „Revolutionäre" war:

„Wenn ihr euch den Anordnungen der Direktion nicht fügt, müßt ihr eben die Konsequenzen daraus ziehen" und lehnten es ab, mit zur Direktion zu gehen.

Es stellte sich aber später heraus, daß diese linksradikalen U. S. P.-Leute schon vorher mit der Direktion verhandelt hatten und sich nun wohl schämen, ihr wahres Gesicht zu zeigen. Unsere Genossen wurden entlassen. Die Mitglieder der K. A. P. und A. A. U. sahen, angesichts der jetzt bestehenden politischen Situation, von einem Aufruf zum Proteststreik ab.

Es setzte nun innerhalb der einzelnen Abteilungen durch die Funktionäre der U. S. P. und Gewerkschaften ein häßlicher Wahlterror ein. Diejenigen, die noch nicht gewählt hatten zu den gesetzlichen Betriebsräten wurden aufgefordert dem nachzukommen, andernfalls könne sich für eine Vertretung nicht mehr in Frage, und bei Lohnforderungen würden sie nicht berücksichtigt werden.

Es muß noch bemerkt werden, daß zu den gesetzlichen Wahlen nur 2 Listen aufgestellt waren. Eine freigewerkschaftliche und eine von den gelben Gewerkschaften. Die S. P. D. hatte keine Liste aufgestellt und hatte ihre Anhänger aufgefordert, sich nicht an der Wahl zu beteiligen.

Von zirka 10 000 Stimmberechtigten haben zu den gesetzlichen Betriebsräten 6523 gewählt an drei Tagen. Davon hatte die Liste der U. S. P. 5600 und die der gelben 425. — 493 Stimmen waren ungültig. Das ergibt: daß mindestens 3500 Arbeiter nicht gewählt haben.

An den einen Tage, wo unsere Genossen die Wahl revolutionärer Betriebsräte vornahmen, wurden 1180 Stimmen für diese abgegeben. Mit diesem Mißtrauensvotum sind die gesetzlichen Räte in ihr „Amt" eingezogen.

Unsere Genossen gaben dann ein Flugblatt heraus, worin sie das konterrevolutionäre Gebahren der Funktionäre und des Arbeiterausschusses kennzeichneten.

Dieses Flugblatt hat's ihnen angetan. Am Sonnabend, den 4. Juni rief der Arbeiterausschuß eine Betriebsversammlung im Werk ein. Die Tagesordnung wurde erst in der Versammlung bekanntgegeben. Sie lautete: Die Betriebsratswahlen und die K. A. P. und A. A. U.

In dieser Versammlung, die mit einem schmählichen Fiasko der Einberufer endete, zeigten auch diese „Arbeitervertreter" ihr wahres Gesicht. Der Versammlungsleiter, schon bekannt durch seine Wortverschnörung und Mundtotmachung anders Denkender leistete hier den Rekord seiner Taten. Einer unserer Genossen bekam mit Mühe das Wort zur Geschäftsordnung und verlangte, daß die drei entlassenen Genossen teilnehmen und auch das Wort zur Diskussion bekommen sollten. Hierzu erklärte der Versammlungsleiter, daß er dem nicht stattgeben könne, da die Genossen nichts mehr im Werk zu suchen hätten und die Direktion das nicht zulassen würde. Die 6000 Arbeiter mußten ihn erst belehren, daß es wohl ihre Sache sei, ob die drei Genossen zugelassen würden, oder nicht.

Zum Punkt der Tagesordnung war extra ein Referent in Gestalt eines Arbeiterausschuß-Mitgliedes angesetzt, der nun versuchte unsere Organisation durch den Schmutz zu ziehen. Seine Wiederlegung unserer Kritik und der gegen sie erhobenen Anschuldigungen, waren ein Schandgedichtchen ohnegleichen. Unsere Genossen brauchten nicht viel zu sagen. Es führen nachher eine Reihe Bonzen auf, die die B. O. (ihr Schmerzenskind) in der übelsten und unsachlichsten Weise bekämpften. Der Versammlungsleiter las noch eine „Entschließung" vor, die die Versammlung annehmen sollte. Ihr Inhalt war das Glaubensbekenntnis der Verfasser. Sie verdammen die K. A. P. und B. O. in Grund und Boden und ging dann nachher in handgreiflichen Ausführungen auf die augenblickliche Lage und auf den Kampf der Kommunisten ein, quoll von Phrasen über die Einigkeit des Proletariats und endete dann zuletzt in der Feststellung, daß der Industrieverband (alias Münzstraße) das einzige Heilmittel für die Arbeiterklasse sei.

In der Diskussion überging der Versammlungsleiter systematisch die Wortmeldung der zwangsgeregelten Genossen. Nach wiederholter Aufforderung erklärte er zuletzt, er würde den Genossen das Wort nicht geben. Er könne das nicht verantworten, da die Direktion das als Hausfriedensbruch ansehen würde. Diese Handlungsweise löste einen Sturm der Entrüstung in der Versammlung aus, und die meisten Arbeiter verließen den Saal. Ein Ausschußmitglied, dem es das Wort gab, trieb die Versammlung noch mehr auseinander, der jedoch die Versammlung nach langen Beschimpfungen doch noch zu reden aus Wort.

An die Genossinnen.

Wie überall, müssen wir auch bei uns feststellen, daß die Genossinnen sich an der Parteiarbeit nicht in dem Maße beteiligen, wie es eigentlich sein müßte. Und doch ist hier gerade bei uns am allernotwendigsten. Die Genossen sind mit Arbeiten und Funktionen überlastet, die Reaktion, die auf dem Marsche ist, wird noch gewaltigere Anforderungen an sie stellen.

Genossinnen, an uns ist es, dies zu erkennen, an uns ist es, den Männern Arbeit abzunehmen, Lücken in der Organisation auszufüllen, selbst die Initiative an Werk zu legen. Kommt in unsere Versammlungen, lernt euch gegenseitig kennen, sprechen uns aus. Hinweg mit aller Scheu! Ihr könnt, ihr müßt es tun.

Wenig kümmert Ihr uns wirtschaftlichen Sorgen, Not, Entbehrung sind bei uns Gäste. Unser Kampf gilt aber der Befreiung, gilt der Befreiung des kapitalistischen Wirtschaftslebens, daß schließlich jedem Proletarierleben ist. In dem Sicht, vor der Augen schwebt Endziel, der heute Proletariat den Sieg bringen muß, wenn auch unter den schwersten Opfern, gilt es, unsere ganzen Kräfte in den Dienst der Sache zu stellen.

Dem Kommunismus gehört die Zukunft, das heißt in erster Linie der Frau und dem Arbeiter.

Herzlichste Bitte.

Unserer Genosse erbittet sonniges Quartier mit Verpflegung für seinen lungenkranken 10jährigen Sohn. Angemessene Vergütung. Wer bereit ist, durch Gewährung des Gewünschten unglücklichen Eltern die Möglichkeit zur Erhaltung ihres letzten Kindes zu geben, teile gütigst Näheres unter „Hilfe" an die Geschäftsstelle dieses Blattes mit.

Eingesandte Schriften.

Die Agrarkommune.

Eberhard Fint.

Wir empfehlen das Büchlein unsere Genossen den Mitgliedern. Es enthält eine Reihe von Gedanken, die der Diskussion wert sind.

Kritik des Aktionsprogramms des U. S. P.

Dr. Broh.

Jeder Genosse sollte diese Schrift lesen, die ihm reiches Material liefert zur Beurteilung der haltlosen Schieberpolitik dieser „revolutionären" Mischmaschpartei.

Der Genosse Broh schreibt dazu:

In der heutigen „Roten Fahne" prahlt die K. A. P. D., wie schon oft damit, daß das Leipziger Aktionsprogramm unter ihrem Einfluß zustande gekommen sei. Wie so oft behaupten sie weiter, daß es nur darauf ankomme, dies Programm nicht zu sabotieren, sondern in die Tat umzusetzen. Das ist der Sinn ihrer Ausführung heute und früher.

Allerdings, das Aktionsprogramm ist Fleisch vom Fleische der K. A. P. D. Im gewissen Sinne ist auch richtig, daß es unter dem Einfluß von Levi zustande gekommen ist. Aber eben deswegen ist es für die Aktion unbrauchbar, von vornherein von den Gedankens Blässe angekränkelt. Es ist das Gegenteil eines wirklichen „Aktions-Programms." Ein Sammelsurium Krispinscher, Dänischer und Levischer Schlagworte. Um nur beispielsweise einen Unsinn zu erwähnen: Die U. S. P. bedient sich — so heißt es dort — planmäßig und systematisch gemeinsam mit den „revolutionären" Gewerkschaften und der proletarischen Räteorganisation aller politischen, parlamentarischen und wirtschaftlichen Kampfmittel." Wie sich die Partei „gemeinsam mit der Räteorganisation des Parlaments bedienen will, ist ihr Geheimnis. Aber dieser Unsinn fährt sich schön an, beinahe wirklich revolutionär. (Wie ich in meiner Kritik hierzu sage.) Das Aktionsprogramm wirft eben unterschiedslos und kritiklos alles in einen Topf zu dem großen Brei, der sich der Beliebtheit der beiden, ebenso parlamentarischen wie „revolutionären" Parteien, der K. P. D. und der U. S. P. erfreut. Spekle für die jahrzehntelang parlamentarisch erzogenen Massen.

Es ist übrig, daß wir die Phrase von dem angeblich revolutionären Aktionsprogramm, das nur in die Praxis umgesetzt zu werden braucht, restlos zerfetzen. Praxis ist es, daß die Hilferdings und Crispins das Aktionsprogramm sabotieren, und daß die „revolutionäre" Masse der Partei, vor allem der „radikale" linke Flügel deshalb mit ihnen kämpfe. In Wahrheit ist Meinerts das Leipziger Programm so geholten, daß alle in der U. S. P. gleichermaßen damit zurechtkommen: die opportunistischen Reform- und Realpolitiker des rechten Flügels nicht minder wie die gemäßigten Sozialisten, führer des linken Flügels, die nur mehr Wert auf revolutionäre Phrasendrescherei und revolutionäre Demonstration legen. Vor wirklich revolutionärer Arbeit, vor der Aktion schoudern alle gemeinsam zurück. Und aber diese Arbeit enthält das sogenannte Aktionsprogramm dabei und nur den einzigen kurzen nichtssagenden Satz: Das „vorbereitende" und entscheidende Kampfmittel ist die Aktion der Masse. Worin sich noch eine zweideutige Ablehnung der „Gewalt" ausdrückt! Gemeinsam arbeiten alle Führer der U. S. P. darum, die Revolution zu „unterbrechen", die um Dämmig ebenso wie die um Crispien und weiterhin die um Legien und Oberl. Und jetzt ist es ja auch Dämmig gelungen, alle seine Schäflein hinter sich her wieder in den Parlamentsstall zu ziehen, wie es dem Levi und Genossen gelungen ist.

Wegen dieser Gemeinsamkeit ist das Aktionsprogramm einstimmig angenommen worden. Die Diplomaten des rechten Flügels hatten und haben gar nichts dagegen einzuwenden gegen die roten Phrasenhülsen, die nur ähnlich wie in der alten Sozialdemokratie als Schaugerüste für die Masses braucht. (Deshalb ist auch die Hoffnung eitel, daß die Linken und die Rechten sich dominander trennen werden. Die „Freiheit"-Seite und alle Parlaments- und Gewerkschafts-Bonzen der U. S. P. wissen ganz genau, daß sie die Mitläufer brauchen und diese wiederum, daß sie jene nötig haben, und daß sie alle am besten gedeihen in dem gemeinsamen Kampf der Verschwommenheit, dessen Baden das Aktionsprogramm ist.)

Dies Programm ist in Wahrheit die Grundlage der Gegenrevolution. Die U. S. P.-Presse schweigt die Tatsache natürlich tot. Nur Crispien hat in einem wüsten Beleidigungsartikel geflissentlich den Eindruck erweckt, als handele es sich nicht um eine wissenschaftliche Arbeit, sondern um eine Schandschrift, indem er nur einige, meistens noch gefälschte Zitate ausschließlich aus der Einleitung zusammenstellte.

Verantwortlicher Redakteur: Stahl, Berlin. Druck und Verlag: Sächsische Verlagsanstalt, Leipzig.

Nummer 104. Preis 30 Pfg.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbez. Groß-Berlin

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. Preis 30 Pfg. pro Nummer, 3 Nummern zusammen 1 Mk. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen entgegen. Durch die Post unter Streifband 4 Mk., als Brief 6,5 Mk. monatl.

Redaktion u. Expedition Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 28 IV. Geöffnet täglich außer Montags von 4—6 Uhr nachmittags.

Anzeigen die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 3 Mk., die Reklamezeile 6 Mk. Vorzugsplätze 50 % Aufschlag. Wenn Bei Pfg., Postscheckkonto Berlin NW. No. 38236

Wir und die 3. Internationale.

Die K. A. P. D. zur Moskauer Erklärung.

Folgendes Telegramm wird veröffentlicht:

Stockholm, 11. Juni. In einer Erklärung der Moskauer Kommunistischen Internationale wird über das Verhältnis zu den deutschen Kommunisten ausgeführt: Die deutsche kommunistische Arbeiterpartei hat in allen taktischen Fragen mit der Kommunistischen Internationale sich in Widerspruch gesetzt. Das Ersuchen der Partei um Aufnahme in die Kommunistische Internationale wurde von dem Hauptausschuß dahin beantwortet, die Partei könne Zutritt erhalten, wenn sie sich verpflichte, sich allen Beschlüssen des Kongresses zu unterwerfen und vorher die nationalistisch gefärbten Gegenrevolutionäre aus der Partei auszustoßen.

Wer es gelesen hat, wird gestehen müssen: Ein etwas merkwürdiges Telegramm. Wie wirken es als aus unsicherer Quelle, als Diplomatenmanöver und demnach verdächtig, nicht besonderer Berücksichtigung für wert halten. Aber da die „Freiheit" und besonders die „Rote Fahne" es unter der — sogen wir mal gelinde — unübersichtlichen Ueberschrift: „Die 3. Internationale gegen die K. A. P. D." bringen, — offenbar absichtlich und offenbar um eine bestimmte Suggestion zu erzielen — so wollen auch wir Stellung dazu nehmen. Zunächst: Was ist das, eine „Erklärung"? Etwa ein Votum, ein Gutachten, ein Beschluß? Wer hat sie abgegeben? Die Moskauer Internationale? Wer ist das in diesem Fall? Das bleibt völlig dunkel. Es wird konstatiert, daß die K. A. P. D. sich in „allen" taktischen Fragen mit der kommunistischen Internationale in Widerspruch gesetzt hat. Was heißt das „alle"? Unseres Wissens sind es zwei Fragen taktischer Natur, — Parlamentarismus und Gewerkschaftsfrage — um derentwillen der Spartakusbund die alte Partei verschlossen hat und in der verschwindenden Minderheit blieb. Zu beiden hat bisher noch kein Kongreß der kommunistischen Internationale Stellung genommen und zur ersten existiert eine Auslassung Sowjetrußlands, die eine Trennung wegen solcher Frage für nicht angängig erklärte.

Eine dritte Frage, die der Errichtung einer sogenannten „Arbeiterregierung" mit der Verpflichtung zu „loyaler Opposition" ihr gegenüber kann doch wohl nicht gut gemeint sein, denn abgesehen davon, daß die Internationale dazu sicherlich keine Stellung genommen hat, steht notorisch fest, daß in der Spartakuszentrale einzelne Mitglieder, wir nennen den Genossen Meyer, diese Taktik nur humoristisch genommen haben, also von einer einheitlichen Auffassung darüber nicht die Rede sein kann. Wir möchten auch gleich noch darauf hinweisen, daß innerhalb des Spartakusbundes auch heute noch über Parlamentarismus und Gewerkschaften stark dominander abweichende Auffassungen vorhanden sind. Wir finden das erklärlich und gut, und dürfen wohl bei dieser Gelegenheit noch einmal aussprechen, daß die damalige Opposition in der K. A. P. D. erklärte, sich trotz abweichender Auffassungen den Beschlüssen eines Parteitages fügen zu wollen. Wobei allerdings die selbstverständliche Voraussetzung war, daß die Diskussion über taktische Angelegenheiten innerhalb der Partei ihren Fortgang nehmen müsse. Davon lebt eine Partei; nicht aber davon, daß von Zeit zu Zeit ein paar Unfehlbare bestimmen, was gesagt werden darf und was tabu ist. Oder um mit Rosa Luxemburg zu sprechen:

„Marxismus ist nicht ein buntes Personen, die einander das Recht der Sachverständigkeit anstreiten, und vor denen die Masse der gläubigen Mostlins in blindem Vertrauen zu erbrechen hat. Marxismus ist eine revolutionäre Weltanschauung, die stets nach neuen Erkenntnissen ringen muß, die nichts so verabscheut, wie das Erstarren in einmal gültigen Formen, die am besten im geistigen Waffengeklirr der Selbstkritik und im geschichtlichen Blitz und Donner ihre lebendige Kraft bewährt."

Weiter wird nun in jener „Erklärung" die Zulassung zur 3. Internationale an bestimmte Bedingungen geknüpft. Diese Bedingungen sind eingehend zu prüfen. Wir müssen an diese Prüfung herangehen ohne jede Voreingenommenheit und ohne alle Rücksichten auf einzelne Personen, einzig geleitet von dem Ringen um den Kommunismus. Dabei scheiden von vornherein Methoden aus, wie sie die Spartakuszentrale anzuwenden beliebt, und die einen selbst für diese Männer ungewöhnlichen Grad von Gemeinheit und — nebenbei ästhetischer Geschmacklosigkeit — in einem Artikel zum Jubeljahr Rosa Luxemburgs erreicht. Diese Methoden wurzeln in jener Geistesverfassung, die die Praxis wie Theorie der Revolution zu einer Geschäftsangelegenheit und zu einem Konkurrenzkampf einiger „Führer" degradiert, die — im innersten Grunde Verächter der Masse — sie mit zweifellos virtuosem Geschick als Objekt sich dienstbar macht. Solche „Führer" und solche Instanzen werden natürlich, obendrein wenn sie im Besitz enormer Mittel sind, vor keiner Praktik individueller durchaus privatkapitalistischer Natur zurückscheuen, sie werden nie, oder doch sehr selten, das Opfer ihrer eigenen Person bringen, dagegen aufs allerdäuerste ihre „führenden" Posten zu halten bestrebt sein. Infolgedessen sind sie auch kaum im Stande, aber jedenfalls aus Demagogie nicht geneigt, ihre Gegner anders zu bekämpfen, als eben nach den inneren, bewegen freilich nicht minder edlen Rezepten für Führerkämpfe. Sie suchen mit den giftigsten Mitteln Führer und Masse zu trennen. Sie übersehen dabei freilich, daß ihnen in der K. A. P. D. ein anderes Gesicht entgegenblickt, als aus den eigenen Reihen. Die K. A. P. D. — mag ihr Schicksal sein, welches es wolle, mag sie allerlei Ausschlag noch aufweisen — ist der in der Geschichte der gesamten Arbeiterbewegung bisher unerhörte und geglückte Versuch der Konsolidierung des Massendenkens in sozialem Geiste. Er wird seinen Weg gehen unbekümmert um die tobende Hölle ringsum, um das wahnsinnige Rasen aller bedrohten Götter und Halbgötter. Er wird seine volle Auswirkung erst finden nach dem Siege des Proletariats. Der Kampf der K. A. P. D. gegen Führer ist nicht ein Kampf der Oberflächlichkeit gegen Tiefe, der Mittelmäßigkeit gegen das Genie, sondern der Kampf für Tiefe, für Genie im sozialen Geiste, der Kampf für die Einheit von Theorie und Praxis des kommunistischen Gedankens und Lebens. Dieser Geist atmet der Programm-Entwurf der K. A. P. D., der bisher der 3. Internationale noch nicht vorgelegen hat, aber im Grunde auch nur die Formulierung der einstimmig gebilligten Thesen des Gründungsparteitages ist. Ob unsere Delegierten dies in Moskau dargelegt haben, ja ob sie überhaupt dort sind, wissen wir nicht. Sollten sie aber Bericht erstattet haben, so werden wir ihre Rückkehr abwarten und die Partei wird Stellung zur Antwort nehmen. Nicht um Lenin, Trotzki, Bucharin willen, wie Spartakus glaubt, weil er nicht anders als geschäftsmäßig kapitalistisch glauben kann, als Verräter zu bezeichnen, wenn sie uns nicht zustimmen, sondern einfach deshalb, weil die K. A. P. D. allen Einzelpersonen gegenüber sich das Recht der Kritik vorbehält, weil ein Unterschied ist zwischen Erklärungen einzelner Personen und Beschlüssen von Kongressen, auf denen die Delegierten der kommunistisch gesinnten Massen abstimmen haben; weil russische Verhältnisse und insbesondere russische Taktik anders geartet sind als deutsche, und daher gewisse Fragen zunächst noch vom Boden der verschiedenen Länder geklärt werden müssen. Aber trotzdem; was verlangt die Erklärung für den Zutritt in die 3. Internationale? Erstens: Ausschluß der nationalistischen Gegenrevolutionäre! Also Ausschluß nur dieser, und es bleibt den traurigen Geistesarmen und Gifttrödlern der „Roten Fahne" vorbehalten, das selbständig zu erweitern dahin, daß auch jene, die die Spartakus-Parlamentarier nicht haben durchringen wollen, die Schröder, Wendel, Nasch, Goldstein, auf Jahre hinaus zu kompromittiert wären, als daß sie für Arbeit in der kommunistischen Partei in Frage kommen. Dieser Aufgeblasene Schmock hätte besser sein dienstbeflissenes Maul gehalten, denn es verrät nur seine größenwahnsinnige Vorstellung, als ob er über die Arbeit dieser Männer irgendwie zu bestimmen hätte. Darüber, ernsteliger Geist, bestimmen die Massen, jetzt und fernerhin, und nicht die Spartakuszentrale. Diese aber Männer schreiten lernend mit den Massen vor; dünken sich nicht unfehlbar und werden keine Minute sich als Hindernis für die Entwicklung aufzuhalten lassen. Sie sind nicht Geschäftsreisende für Kommunismus, nicht Trödler wie jene, die vorne ranggeschnissen hinten wieder reinkommen. Und auch das noch, wenn es zur Verwirklichung beitragen kann: Mit Lügnern vom Schlage der Levi wissen sie ihrerseits die Ehre zweifler Zusammenarbeit ab. Die Moskauer Erklärung verlangt sehr eindeutig — das ist jedem, der die Verhältnisse kennt, sofort klar — den Ausschluß von Dissenberg und Wolfheim. Diese Forderung ist so seltsam, daß wir annehmen müssen, sie beruht auf irgend welchen falschen Voraussetzungen. Erstens hat irgend eine Art Hohepriester überhaupt nicht das Recht, von irgend einer Stelle der Welt den Ausschluß von Einzelpersonen anzuordnen. Zweitens aber pflegt — selbst nach bürgerlichen Anschauungen — vor der Verurteilung irgendjemand, irgendwelcher persönlich oder doch in einer dem sich anschließenden Art gehört zu werden. Oder hält man es für richtig, nur die [illegible]

Allgemeiner Nachrichtenteil.

11. Juni. Oesterreichische Regierungskrise. Eine starke Opposition unter christlich-sozialer Führung ist gegen die kümmerlichen freiheitlichen Bestimmungen der Verfassung. — Rücktritt des polnischen Ministeriums. Man will eine sozialdemokratisch-bäuerliche Koalition zusammenbringen. — Der Zentralausschuß der englischen Eisenbahnergewerkschaft beschließt entgegen bisher eingenommenem Standpunkt, die für Polen und Irland bestimmte Munition doch zu befördern. — Der Vorstand der U. S. P. lehnt die Aufforderung des Reichstanzlers, an der Regierungs-Umbildung teilzunehmen, ab.

12. Juni. Einladung des Exekutivkomitees der 3. Internationale an die U. S. P. zu einer Besprechung in Moskau. — Aufhebung des Ausnahmezustandes im Rheingebiet und in Oberschlesien. — Das Volksgericht München fällt über den des Geiselmordes angeklagten Kommunisten Waltershausen das Todesurteil. — Meuterei im Triester Hafen gegen Truppen-Entsendungen nach Albanien. Proteststreik der Eisenbahner im Mailänder Distrikt. — Entente Verkehrssperre Polens über den „polnischen Korridor".

13. Juni. Auch der mit der Kabinettsbildung betraute Dr. Heinze von der Dtsch. Volkspartei gibt, da die Sozialdemokraten sich weigern, eine Verbreiterung der Koalitionsbasis nach rechts mitzumachen, den Auftrag an den Reichspräsidenten zurück. — Kiew und den Polen geräumt.

14. Juni. Der persische Volksführer Kutschik Khan übernimmt den Vorsitz in der Sowjet-Regierung Persiens. — Die Polen geben zu, die Ukraine planmäßig zu räumen. — Meldungen über Ausbruch einer Gegenrevolution in Rußland erweisen sich als Phantasie.

den Zeugen zu hören? In diesem Fall den direkt engagierten Radek? Die Spartakuszentrale ihrerseits ist freilich schon jetzt mit ihrem Urteil fertig, sie weiß schon, daß der Kongreß der 3. Internationale gegen uns entscheiden muß, obgleich in der Frage des Parlamentarismus. Sie weiß das, trotzdem Amerika, Belgien, Schweiz, Deutschland, Südosteuropa sich zum Antiparlamentarismus bekennen. Geht ihr Wissen auf besondere Inspirationen interessierter Personen in Moskau zurück? Wie wünschen, daß der Kongreß der 3. Internationale sich sehr, sehr eingehend aus ersten und sauberen Quellen über die Frage des Parlamentarismus und die Gewerkschaftsfrage informiert. Und wir glauben, daß dann auf diesem Kongreß ungleich beweglichere und größeren Spielraum gewährende Prinzipien angenommen werden, als wie etwa die famosen Spartakusthesen sie aufstellen. Hoffentlich sind gewisse Grundvoraussetzungen für die 3. Internationale notwendig, über die nur von Kongreß zu Kongreß nun zu entscheiden ist; aber in zahlosen taktischen Fragen stehen heute noch die einzelnen Länder selbst zu entscheiden. Wir nehmen auch an, daß alle diese Instruktionen, Stimmung machenden Erklärungen also nur von interessierten Spartakusleuten und Spartakusanhängern inszeniert werden, einmal um die ganzen kommunistischen Parteien in Deutschland aus der Welt zu schaffen und dann der alten Spartakuszentrale wieder das Heft in die Hand zu geben. Unsere Delegierten sind unterwegs. Es wäre ungeheuerlich und eine Wiederholung der Leipzigtaktiken, wenn ihre Zulassung zum Kongreß abhängig davon gemacht würde, daß sie sich im vorhinein mit allem Kommenden einverstanden erklären. Das ist ganz undenkbar, jedenfalls dann undenkbar, wenn es bedeuten soll: Ehe ihr zugelassen werdet, habt ihr eure Auffassung über jene beiden taktischen Fragen abzuschwören. Ist das so gemeint, dann werden sich unsere Delegierten, die übrigens bereits eingeladen waren, ehe diese „Erklärung" kam, besinnen, als Gäste auf dem Kongreß angesehen zu werden. Etwas anderes ist es, wenn auf dem Kongreß selbst Grundvorzüglichkeiten zu Stande kommen, die annehmen Voraussetzung für die Aufnahme in die 3. Internationale ist. Dann werden unsere Delegierten in Deutschland Bericht erstatten und die Partei wird sich entscheiden über Annahme oder Ablehnung.

Der Kampf um die wahre 3. Internationale hat seinen Anfang genommen. Dieser Kampf kann nicht geführt werden von einzelnen Personen und mit Rücksicht auf einzelne Personen, sondern nur mit Rücksicht auf den Kommunismus. Sind wir gewappnen, in diesem Kampf noch eine Weile isoliert zu stehen, so wird auch das ertragen werden müssen. Nur absolute Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit und Unerschütterlichkeit führen zu jenem hehren Ziel, das die K. A. P. D. sich gesteckt hat. Sie wird nicht allein stehen in diesem Kampf. Ihr Gedanke kommt auch in anderen Ländern zum Durchbruch. Und nur in diesem Gedanken ist eine Verwirklichung sozialistischen Sehnsuchtsgedanken.

Es wird sich im jetzigen Augenblick einer hochgespannten politischen Situation unsere Partei nicht verleiten lassen, sich mit Wahlquatsch zu beschäftigen, mit Personenfragen und theoretischen Haarspaltereien und damit — ihren Gegnern zur Freude — Selbstmordpolitik treiben, sondern sie wird in dieser Zeit in allen ihren Teilen darangehen, sich klar zu werden über die Mittel und Methoden, die ihre Aktivität stärken, die ihr dienen müssen in der kommenden Aktion. Sie wird alles darauf einstellen, daß die kommenden Kämpfe von wirklichen Kräften geführt werden, daß der Wille der Massen zum Ausdruck kommt und nicht Wunsch der bewährten Führer und Instanzen, deren Verantwortungsgefühl in der Sorge aufhellt, keinen Verzweiflungsakt zu erleben.

Die Handlanger der Antibolschewistischen Liga.

Zu diesem Artikel in der letzten Nummer möchten wir noch einige Ergänzungen bringen. Die Briefe haben uns schon vorher vorgelegen, wir hielten es aber nicht für möglich, daß es Menschen geben könnte, die diese Schreiben nicht auf den ersten Blick als Fälschungen erkannten, oder, trotzdem sie dieselben als solche ansahen, sie in ehrabschneiderischer Absicht veröffentlichten.

Hiermit eine weitere kleine Auslese von Fälschungen. Aus einer Vereinbarung Falkenhausens mit Heinen, Mitglied des Spartakusbundes (Unterschrift täuschend ähnlich):

Unterzeichner verpflichten sich, für Abbruch des Generalstreiks Sorge zu tragen. Besetzung des Min. des Innern, der Arbeit und der Volkswohlfahrt und des Verkehrs durch Arbeiterführer. Bewaffnung eines Arbeiterbataillons zu jedem Reichswehrbataillon. Die Freiheit der Presse, Zuweisung von Druckereien und Papier wird den Freunden des Herrn Heinen zugesichert. Den Rechtsstreitdienst wird vorläufig besetzt. Gegen die Mörder Liebknechts, Luxemburgs, Landers, Jogiches wird erneut mit aller Strenge vorgegangen. Dafür verpflichtet sich der andere Teil, bei den gegen den Widerstand der parlamentarischen Parteien notwendigen Gegenmaßnahmen keinen Widerstand zu leisten oder zuzulassen. In Sowjetrußland werden die freundschaftlichen Beziehungen aufgenommen, um eventuell mit ihm gemeinsam den Uebermut der Ententestaaten zu brechen. Ausbau des Betriebsrätegesetzes, Errichtung einer Kammer der Arbeit, Aufhebung der Zwangswirtschaft."

Weiter ein Brief Heinens:

Rosta
Rossa Socialistica Federativo Sovjetrepublikens
Telegrambyra

Werten Genosse!

Ich möchte dich bitten, morgen am Mittwoch um 11 Uhr in der Zimmerstraße 72 zu sein oder unter der Nr. 8 2626 Nachricht zu geben, wo ich Dich treffen kann. Auch Walcher will Dir sehen.

Mit besten kommunistischen Grüßen
O.

Damit genug für heute. Wie gesagt, wir hätten die „Dokumente" früher als die „Freiheit" und die „Rote Fahne" veröffentlichen können, haben es aber nicht getan, weil wir politisch anständig kämpfen wollen.

Zum Schluß ein Brief, den Gen. Rasch an den „Vorwärts" gerichtet hat:

In der Abendnummer des „Vorwärts" vom 10. Juni 1920 bringen Sie unter der Ueberschrift „Notwendige Zersplitterung der Arbeiterschaft durch deutschnational-kommunistische Lockspitzel" zwei in der „Freiheit" erschienene „Dokumente" zum Abdruck. Aus diesen zwei „Dokumenten" muß jeder oberflächliche Leser ohne weiteres annehmen, daß das Mitglied der K. A. P. D. Rasch als Lockspitzel im Dienste der Kapp-Leutnechter gestanden hat oder noch steht.

Unterzeichneter ersucht deshalb um Aufnahme folgender Erklärung:

Alle Veröffentlichungen, die beweisen sollen, daß ich jemals mit der Militärkamarilla oder sonstigen gegenrevolutionärer Kreisen Verhandlungen oder Beziehungen gehabt habe, sind bewußte Lügen und Verleumdungen.

Die in der „Freiheit" veröffentlichten Briefe stammen aus einer Sammlung gefälschter Dokumente, in der noch andere Personen, wie Heinen und Walcher, Mitglieder des Spartakusbundes, direkt oder indirekt als Lockspitzel gekennzeichnet sind.

Der K. A. P. D. sind die gesamten Dokumente teils in Abschrift, teils in Photographie von dem Redakteur der „Freiheit", der sich im Besitz der Original-Fälschungen befindet, vor ungefähr 4 Wochen zur Verfügung gestellt worden, weil der betreffende Redakteur sich von der Fälschung überzeugt hatte.

Trotz der erkannten Fälschung hatte Hilferding, Chefredakteur der „Freiheit", die Absicht, diese Dokumente zu veröffentlichen und war ein Leitartikel aus Hilferdings Feder bereits dazu geschrieben. Der betreffende Redakteur der „Freiheit", Dr. A., der sich im Besitz der Original-Fälschungen befand, protestierte aber dagegen. Hilferding war empört darüber, daß man in Wahrheiten derartige Briefe nicht sofort ohne jede Nachprüfung abdruckte. Hilferding mußte aber, nachdem Dr. A. mit Kündigung drohte, sich dazu entschließen, auf die Veröffentlichung zu verzichten und seinen geschriebenen Leitartikel dementsprechend abändern.

Weiterhin ist von der K. A. P. D. festgestellt worden, daß der unter dem Namen Möller auftretende Uebermittler der gefälschten Dokumente in der Pressebteilung des Auswärtigen Amtes ein- und ausgeht und dort unter dem Namen von Lohberg bekannt ist.

Derselbe v. Lohberg untersteht im Auftrage einer besonderen Vereinigung in Berlin im Spitzelbureau. Auch hiervon war die Redaktion der „Freiheit" unterrichtet.

Ihre Leser mögen sich nun aus Vorstehendem ein Urteil über die perfide Kampfesweise der „Freiheit" gegenüber politischen Gegnern bilden, deren Opfer in dieser Angelegenheit der „Vorwärts" geworden ist.

Fritz Rasch.

Politische Rundschau.

Die Felle schwimmen.

Es war ein Sonntag hell und klar, an dem Herrn Dr. Heinze von der Partei der Schwerindustrie und Hochfinanz, beauftragt mit der Kabinettsbildung, von der Reichstagsfraktion der S. P. D. und deren Parteiausschuß mitgeteilt wurde, daß die hohen Instanzen folgendes beschlossen haben: 1. Jede Beteiligung an einer nach rechts erweiterten Koalition ist abzulehnen. 2. Bildung eines Kabinetts nur aus den Parteien der Linken ist wegen der ablehnenden Haltung der Unabhängigen unmöglich. 3. Die Fortsetzung der bisher betriebenen Koalitionspolitik mit Zentrum und Demokraten wird als unmöglich ebenfalls abgelehnt.

Was nun kommt? Zunächst der Versuch, ein „wirtschaftliches Kabinett" zu bilden. Ein solches Kabinett, in dem nach allem, was bisher ist, auch tüchtige, alte Gewerkschafter durchaus Platz nehmen können, ist natürlich eine Agentur der entente-angehörigen deutschen Bourgeoisie in demselben Grade wie es jede andere nichtrevolutionäre Regierung sein würde.

Die Konferenz der S. P. D.-Fraktion mit dem Parteiausschuß, in der der Allage-Beschluß gefaßt wurde, war reich an interessanten Einzelheiten. Der geniale Außenpolitiker Müller erklärte, daß die Rechtsparteien in der Außenpolitik nicht ersprießlich wirken könnten. Der Mann ist also der Ansicht, daß er und die politischen Dualen uns ihn herum außenpolitisch ersprießlich gewirkt hätten. Sicherer zeigt er sich in einer, für die Partei jedenfalls wichtigeren Frage, nämlich der, was denn nun mit den eroberten Posten geschehen werde. Mit Klauen und Zähnen verteidigen, sagte Müller. „Keiner der sozialdemokratischen Bonzen darf seinen Platz verlassen, ohne daß er gezwungen wird. Unter allen Umständen müssen die Posten gehalten werden, schon für den Fall, daß wir später wieder gezwungen werden, die Regierung wieder zu übernehmen." Kollege David sagte, es gesche dem Volke ganz recht, was es jetzt erlebe, weshalb habe es keine Sozialdemokraten gewählt. Der Boykottaufruf sei der pure Unverstand der Massen. Zuspitzung der Klassengegensätze? Entscheidungskämpfe? Notwendigkeit der Diktatur? Alles Unsinn, solange nicht 500 Sozialdemokraten gewählt werden, die moderne bürgerliche Pädagogik erstreckt, sinnvoll um durchführbar. Es muß nur auf dem Boden der Gemeinwirtschaft. Diese [illegible] hat durchgesetzt, mit der alten Schule nur noch den Namen gemein. Sie verhilft dazu, zu ihr wie Schülerinnen Vertrauensleuten zur Seite zu stellen. Es geht auch einem Lehrer, der seine Betrübnis laut jammernd offenbarte: man müsse Anschluß nach rechts suchen und man müsse vor allen Dingen die bewaffnete Parteigarde, das berrliche Heer, in der Hand behalten. Alle Mann trösten sich damit, daß die Verantwortung für alles, was da kommt, den Unabhängigen zufalle.

Die Reife des Proletariats.

In dem unbetitelbaren Leitartikel „Zum 13. Juni" in der „Roten Fahne" findet sich als einzig vernünftiger Satz in drei Spalten ein Satz über die Debatten des Gründungsparteitages der K. A. P. D. daß die Fragestellung, wann das Proletariat reif sei für die Ausübung der Diktatur seiner Klasse, im Grunde unmarxistisch sei". Das soll, um in der blumigen Redeweise des Feldartikels der „Roten Fahne", zu sprechen, eine der leichenschänderischen Tanzsprünge der verruchten K. A. P. D. auf dem Grabe Rosa Luxemburgs sein. Die Erbpächter des reinen marxistischen Gedankens werden durch Rosa Luxemburg selber geschlagen. In ihrer Schrift „Sozialreform oder Revolution" fertigt sie die frche Bevormundung des revolutionären Vordrängens des Proletariats durch Levien-Naturen, die es zu allen Zeiten gab, folgendermaßen ab: „Das verfrühte Ergreifen der Staatsgewalt durch das Proletariat läßt sich auch deshalb nicht vermeiden, weil diese verfrühten Angriffe des Proletariats eben selbst ein sehr wichtiger Faktor sind, der die politischen Bedingungen des endgültigen Sieges schafft. Rosa Luxemburg konstatiert, daß das Proletariat gar nicht imstande ist, die Staatsgewalt anders als „zu früh" zu erobern und führt dann fort: „So ist die Opposition gegen die verfrühte Machtergreifung nichts als die Opposition gegen die Bestrebungen des Proletariats überhaupt, sich der Staatsgewalt zu bemächtigen."

Eine seltsame Meldung.

Durch die französische Presse macht eine Notiz die Runde, nach der man in Moskau mit Wigdor Kopp sehr unzufrieden sein soll und seine Abberufung vom Berliner Posten vorbereitet. Angeblich soll Kopp zum Vorwurf gemacht worden sein, daß trotz der ihm zur Verfügung gestellten 50 Millionen Rubel nur 3 Kommunisten in den deutschen Reichstag gewählt worden seien.

Dreibeiniger Kommunismus.

Unsere Hamburger Genossen fühlen das Bedürfnis, sich an uns zu reiben. Nachdem sie 14 Tage lang den Beschluß des F. A. verschwiegen haben, bringen sie ihn jetzt in einem Artikel, den sie besnegen „Dreibeiniger Kommunismus" überschreiben, weil in einer Nummer der Berliner K. A. P. sich angeblich drei Stücke befinden, die verschiedene Auffassungen über Kommunismus ohne besonderen Kommentar der Redaktion wiedergeben sollen. Es tut uns leid, daß die Hamburger in der Hitze des Gefechts einem Irrtum zum Opfer gefallen sind. Jener Passus aus dem indischen Aufruf (den merkwürdigerweise auch der „Kampfruf" übernommen hat) ist vollkommen eindeutig und der Ausdruck „politisch-revolutionär, der so stark imponiert zu haben scheint, ist — ein Druckfehler. Es heißt dort — das englische Original liegt uns vor — „wirklich revolutionär". Künftig müssen unsere Redakteure also etwas deutlicher schreiben. Das ist das eine stützige Bein. Weiter: Zur Sinung des 3 A. hat die Redaktion eine sehr ausführliche Ergänzung gegeben in drei langen Artikeln: „Der Nationalbolschewismus der K. A. P. D." Sie hat die Ausführungen des 3 A. auch damit gedeckt. Infolgedessen ist es wirklich nicht nötig, jeder Resolution jeder Ortsgruppe einen Stellungnahmen anzuhängen. Sie wird zur Kenntnis der Mitglieder genommen.

Reichsschulkonferenz.

In diesen Tagen fand eine Reichsschulkonferenz statt. Der „Sozialistische Erzieher", das einzige entschieden sozialistisch gerichtete Organ für Erziehungsfragen, schreibt darüber unter anderem:

Mit Sicherheit steht fest:

Nachdem durch das Reichsgrundschulgesetz mit seiner Festlegung der vierjährigen Grundschule die Entscheidung vorweg genommen und der Gedanke der Einheitsschule in ein Gegenteil verkehrt ist, wird diese Konferenz nicht radikaler sein als die demokratisch-sozialistische Regierung!

Das Proletariat braucht nicht nur reichlichere geistige Kost, es braucht anderes, in anderer Form gebotenen. Gerade in der Frage nach dem Bildungsstoff plagen heute die Geister aufeinander im Kulturkampfstandpunkt. Die Reichsschulkonferenz wird zu den beiden wichtigsten Stoffen, Religion und Geschichte, überhaupt nicht Stellung nehmen. Sie fürchtet den Sprengstoff. Indes der Kampf zwischen kirchlichen und Weltlichen, um die Schule bereits unser Land aufs Heftigste durchtobt. Ebenso wichtig ist die Frage nach Umfang und Menge des Vorjahres produzierte, achtmal soviel verbrauchte wie 1918, daß die Kaligewerkschaft „Glückauf", die 1918 noch mit einem Verlust von nahezu 1 Million arbeitete, 1919 einen Gewinn von über 2½ Millionen hatte! Diese Riesengewinne, die natürlich nicht der Allgemeinheit, sondern nur einzelnen Personen, den Aktionären, zugute kommen, sind hauptsächlich erzielt bei der Ausfuhr durch den niedrigen Stand unserer Valuta. Es bedeutet, daß die Gestehungskosten wohl ihre normale Steigerung hatten, der Preisumrechnungsfaktor der Profit der Kapitalisten, aber infolge des hohen Auslandspreises sich ins Uferlose erhöhte. Es bedeutet, daß sich einzelne bereicherten auf Kosten der Allgemeinheit, daß die Bergarbeiter bis auch Mark auslagen werden, damit die Aktionäre sich ihre Taschen füllen konnten. Es bedeutet eine Anhäufung des Kapitals auf der einen Seite in den Händen weniger, und Pauperismus, grenzenlose Verarmung weiter Volksschichten auf der anderen Seite. Schiebertum en gros unter Protektion des Staats.

Dies nur einige Beispiele von der Anarchie, die gegenwärtig auf dem deutschen Wirtschaftsmarkte herrscht. Auch in Handels- und Finanzkreisen sieht man die Entwicklung mit Schrecken, weiß aber kein Mittel, die aufzuhalten. Zu der Erkenntnis, daß die Zeit des Kapitalismus vorbei ist, daß nur die kommunistische Bedarfswirtschaft dem wirtschaftlichen Verfall ein Ende bereiten kann, kommt man freilich nicht. So schreibt z. B. die „Frankfurter Zeitung" in Nr. 427:

An und für sich sind ja die gegenwärtigen Verhältnisse das Widersinnigste, was man sich denken kann. Die Leute kaufen darauf oder mit zerrissenen Stiefeln, und die Schuhfabriken schließen. So ist es innerdeutsche, so ist aber auch die internationale Lage. Planlos wird die Welt regiert, wenn dieses Wort überhaupt erlaubt ist. Steuerlos treibt das schwer havarierte Schiff Europa durch ein Meer von Klippen.

Interessant sind nun die Mittel, die vorgeschlagen werden, dem drohenden Unheil, der Katastrophe zu entgehen. Da wird zunächst vorgeschlagen, die hohen Valutagewinne nicht den Angelnen zu überlassen, sondern einzuziehen und dieselben zur Hebung unserer Valuta zu benutzen. Oder diese Riesengewinne durch hohe Ausfuhrzölle unmöglich zu machen. Aber das ist wieder ein Angriff auf den Geldbeutel der Kapitalisten, und daran scheitert diese Transaktion. Abgesehen davon, daß dadurch nichts gebessert würde. Dann will man aus Staatsmitteln ausländische Devisen (Wertpapiere) kaufen, um die Valuta zu heben. So schreibt das „Berliner Tageblatt":

... So wird wohl vorläufig nichts anderes übrig bleiben, als den Versuch zu machen, durch Aufsammlung sehr großer Devisenmengen (von denen die Reichsbank seit bereits über 10 Milliarden Mark zur Verfügung haben soll), zunächst ohne rechtliche Währungsreform, aber im Hinblick auf diese, die Schwankungen der deutschen Valuta einer ausgleichenden Kontrolle zu unterziehen. Allzu leicht wird man sich eine solche Aufsammlung und eine solche Kontrolle aber nicht vorstellen dürfen, zumal man damit rechnen muß, daß starke Geldtrusts im Auslande, besonders in Amerika, den Versuch machen werden, die deutsche Devisenpolitik zu durchkreuzen. Gelänge es allerdings unserer Regierung, mit solchen Geldtrusts eine Art Stabilisierungsabkommen zu treffen, so wäre viel, vielleicht das Höchste erreicht, was unter den heutigen Umständen zu erreichen ist.

Vertrauen haben also selbst die Aerzte, die die Arznei verordnen, nicht zu der Eisenkur. Und so bleibt als letzter Rettungsanker die planmäßige, die Bedarfswirtschaft. Aber keine Zwangswirtschaft, sondern durch Selbstverwaltung der einzelnen Industrien aus sich heraus. Ueber diesen Plan ist in der „Frankfurter Zeitung" zu lesen:

Zweckmäßigste Einteilung der Kräfte; Umstellung der entbehrlichen Produktionen auf unentbehrliche Erzeugung werden die Marole sein müssen. Möglicherweise werden, wenn dieser Weg beschritten wird, gewisse Betriebe überflüssig sein, werden Zusammenlegungen sich als zweckmäßig erweisen, werden wohl auch Arbeitskräfte frei werden. Dem Arbeitsmarkte aber kann eine Fülle von Nachfragen eröffnet werden dort, wo die Steigerung der Produktion im jeden Preis dringendstes Bedürfnis ist. Die hier skizzierte Umstellung müßte sich freilich zweifellos im Lauf der Jahre ganz von selbst vollziehen, wenn die Entwicklung weiter ihren freien Lauf nehmen würde. Denn Krisis auf Krisis würde folgen müssen, bis unter ungeheuren Verlusten und Opfern die überflüssigen Betriebe, deren Arbeit sich mit der deutschen Armut nicht mehr vereinbaren läßt und die die im Export kein ertragreiches Feld mehr finden, beseitigt, wären. Diese Entwicklung ist nicht aufzuhalten.

Wir sehen also, selbst die maßgebenden Handelskreise finden für den Kapitalismus keine Rettung. Denn diese Krisis über Krisis ist das Ende des kapitalistischen Systems. Da nützt keine Bildung von Trusts, von Syndikaten mehr. Da ist auch nicht mehr eine künstliche Akkumulation des Kapitals möglich, in der Hoffnung, dadurch den Zusammensturz des morschen Gebäudes des Kapitalismus aufzuhalten. Der Kapitalismus liegt in den letzten Zügen, es gilt, ihm den Todesstoß zu versetzen.

Die unlösbare Wirtschaftskrise

G. W. Die Wirtschaftskrise verstärkt sich von Tag zu Tag. Alle Rezepte, die vorgeschlagen, die angewandt werden, sie aufgehoben, dienen nur zur Verschärfung derselben. Es hat sich noch niemand gefunden und kann sich auch niemand finden, der diesen gordischen Knoten zerhauen kann. Die Wirtschaftskrisis, die 1912 bis 1914 herrschte, sollte durch den Krieg gelöst werden. Sie nahm aber durch den Krieg noch viel ungeheurere, gewaltigere Dimensionen an. Der Krieg setzte an Stelle der Akkumulation des Kapitals, der Konzentration der Kapitalien die Anarchie im Wirtschaftsleben; er stellte dem Interesse des Kapitals als Wirtschaftsform gegenüber das Interesse des Kapitalisten als Einzelperson, als Individuum. Und so stellt sich das kapitalistische Wirtschaftssystem uns jetzt dar als ein wirrer Scherbenhaufen, wo ein jeder versucht, sich noch möglichst schnell seine Taschen recht voll zu stopfen. Schieben und Betrügen ist Trumpf. Die Valuta sinkt dauernd. Das Wirtschaftsleben steht Kopf. Viele Artikel können nicht eingeführt werden, weil sie durch den Stand der Valuta zu teuer sind, viele Artikel werden nicht eingeführt, weil sie, man höre und staune, im Auslande zu billig sind.

Einige Beispiele dafür. Da ist zunächst der Tabak. Ein jeder weiß, was derselbe heute in Deutschland kostet. In Holland kostet er aber nicht mehr wie vor dem Kriege. Der Einkauf des Tabaks aus dem Auslande geschieht durch die „Detag". Private dürfen keinen Tabak einführen; die Detag kauft jetzt auch keinen, weil sie noch große Lager hat, für die sie, als der Tabakpreis noch hoch stand, ungeheure Summen ausgegeben hat. Es darf also kein Tabak eingeführt werden, weil er im Auslande zu billig ist.

Aehnlich ist es heim Leder. Bis vor kurzer Zeit war die Grenze für Einfuhr von Häuten und Lederwaren gesperrt. Die Häute wurden von Tag zu Tag teurer. Die Stiefel, die 200—400 Mark kosteten, waren alte Ware. Nach den neuen Preisen würde sich ein Paar Stiefel auf 1000 Mark gestellt haben. Die Fa. Leser z. B. mußte ihren Blusenvorrat, vertauschen, um Geld zum Kauf von neuem Leder flüssig zu machen. In Südamerika aber lagern ungeheure Mengen von Häuten, die zu Spottpreisen abgegeben werden. 1 Paar amerikanische Stiefel stellen sich trotz der schlechten Valuta (ohne Zoll) auf nur 50 Mark. Um der Lederknappheit zu begegnen, wurden die Grenzen geöffnet. Sofort trat ein, was eintreten mußte. Der Preis für Inlandsleder fiel rasend, und trotzdem mußten Hunderte von Schuhfabriken schließen, Tausende von Arbeitern wurden brotlos, weil die Inlandsware mit der Auslandsware im eigenen Lande nicht konkurrieren konnte.

Nun ein anderes Bild. Die Abschlüsse der Kalibergwerke. Nur einige aus der Fülle des Materials:

Gesellschaft	Produziertes Kali Dz.-Ztr. 1918	1919	Einnahmen Mk. 1918	1919
Hallesche Kaliwerke A.-G.	77 285	55 208	305 641	4 385 347
Aktaliwerke Westeregeln	—	—	4 326 118	14 043 437
Kaliwerke Grog. v. Sachsen	—	—	2 070 000	13 980 000
Kali-Gewerksch. Thüringen	55 340	45 928	560 000	4 440 000
Kali-Gewerksch. Glückauf.			Verlust	Gewinn
Sonderhausen		98 767	950 000	2 620 000

Was heißt das?

Es bedeutet, daß die „Hallschen Kaliwerke" 1919 nur zwei Drittel der Kalimenge produzierten wie 1918, nur den 40. Teil der Menge Brom wie 1918, daß trotzdem aber ihre Einnahmen auf das 15fache stiegen. Das bedeutet, daß die Aktienwerke „Westeregeln" ihre Einnahmen nahezu verviertfachten, die Kaliwerke „Großherzog von Sachsen" 6½fache Einnahmen hatten. Es bedeutet, daß die Kaligewerkschaft „Thüringen", trotzdem sie 1919 nur vier Fünftel der Menge des Vorjahres produzierte, achtmal soviel verdiente wie 1918, daß die Kaligewerkschaft „Glückauf", die 1918 noch mit einem Verlust von nahezu 1 Million arbeitete, 1919 einen Gewinn von über 2½ Millionen hatte! Diese Riesengewinne, die natürlich nicht der Allgemeinheit, sondern nur einzelnen Personen, den Aktionären, zugute kommen, sind hauptsächlich erzielt bei der Ausfuhr durch den niedrigen Stand unserer Valuta. Es bedeutet, daß die Gestehungskosten wohl ihre normale Steigerung hatten, der Preisumrechnungsfaktor der Profit der Kapitalisten, aber infolge des hohen Auslandspreises sich ins Uferlose erhöhte. Es bedeutet, daß sich einzelne bereicherten auf Kosten der Allgemeinheit, daß die Bergarbeiter bis auch Mark auslagen werden, damit die Aktionäre sich ihre Taschen füllen konnten. Es bedeutet eine Anhäufung des Kapitals auf der einen Seite in den Händen weniger, und Pauperismus, grenzenlose Verarmung weiter Volksschichten auf der anderen Seite. Schiebertum en gros unter Protektion des Staats.

Dies nur einige Beispiele von der Anarchie, die gegenwärtig auf dem deutschen Wirtschaftsmarkte herrscht. Auch in Handels- und Finanzkreisen sieht man die Entwicklung mit Schrecken, weiß aber kein Mittel, die aufzuhalten. Zu der Erkenntnis, daß die Zeit des Kapitalismus vorbei ist, daß nur die kommunistische Bedarfswirtschaft dem wirtschaftlichen Verfall ein Ende bereiten kann, kommt man freilich nicht. So schreibt z. B. die „Frankfurter Zeitung" in Nr. 427:

An und für sich sind ja die gegenwärtigen Verhältnisse das Widersinnigste, was man sich denken kann. Die Leute kaufen darauf oder mit zerrissenen Stiefeln, und die Schuhfabriken schließen. So ist es innerdeutsche, so ist aber auch die internationale Lage. Planlos wird die Welt regiert, wenn dieses Wort überhaupt erlaubt ist. Steuerlos treibt das schwer havarierte Schiff Europa durch ein Meer von Klippen.

Interessant sind nun die Mittel, die vorgeschlagen werden, dem drohenden Unheil, der Katastrophe zu entgehen. Da wird zunächst vorgeschlagen, die hohen Valutagewinne nicht den Angelnen zu überlassen, sondern einzuziehen und dieselben zur Hebung unserer Valuta zu benutzen. Oder diese Riesengewinne durch hohe Ausfuhrzölle unmöglich zu machen. Aber das ist wieder ein Angriff auf den Geldbeutel der Kapitalisten, und daran scheitert diese Transaktion. Abgesehen davon, daß dadurch nichts gebessert würde. Dann will man aus Staatsmitteln ausländische Devisen (Wertpapiere) kaufen, um die Valuta zu heben. So schreibt das „Berliner Tageblatt":

... So wird wohl vorläufig nichts anderes übrig bleiben, als den Versuch zu machen, durch Aufsammlung sehr großer Devisenmengen (von denen die Reichsbank seit bereits über 10 Milliarden Mark zur Verfügung haben soll), zunächst ohne rechtliche Währungsreform, aber im Hinblick auf diese, die Schwankungen der deutschen Valuta einer ausgleichenden Kontrolle zu unterziehen. Allzu leicht wird man sich eine solche Aufsammlung und eine solche Kontrolle aber nicht vorstellen dürfen, zumal man damit rechnen muß, daß starke Geldtrusts im Auslande, besonders in Amerika, den Versuch machen werden, die deutsche Devisenpolitik zu durchkreuzen. Gelänge es allerdings unserer Regierung, mit solchen Geldtrusts eine Art Stabilisierungsabkommen zu treffen, so wäre viel, vielleicht das Höchste erreicht, was unter den heutigen Umständen zu erreichen ist.

Vertrauen haben also selbst die Aerzte, die die Arznei verordnen, nicht zu der Eisenkur. Und so bleibt als letzter Rettungsanker die planmäßige, die Bedarfswirtschaft. Aber keine Zwangswirtschaft, sondern durch Selbstverwaltung der einzelnen Industrien aus sich heraus. Ueber diesen Plan ist in der „Frankfurter Zeitung" zu lesen:

Zweckmäßigste Einteilung der Kräfte; Umstellung der entbehrlichen Produktionen auf unentbehrliche Erzeugung werden die Marole sein müssen. Möglicherweise werden, wenn dieser Weg beschritten wird, gewisse Betriebe überflüssig sein, werden Zusammenlegungen sich als zweckmäßig erweisen, werden wohl auch Arbeitskräfte frei werden. Dem Arbeitsmarkte aber kann eine Fülle von Nachfragen eröffnet werden dort, wo die Steigerung der Produktion im jeden Preis dringendstes Bedürfnis ist. Die hier skizzierte Umstellung müßte sich freilich zweifellos im Lauf der Jahre ganz von selbst vollziehen, wenn die Entwicklung weiter ihren freien Lauf nehmen würde. Denn Krisis auf Krisis würde folgen müssen, bis unter ungeheuren Verlusten und Opfern die überflüssigen Betriebe, deren Arbeit sich mit der deutschen Armut nicht mehr vereinbaren läßt und die im Export kein ertragreiches Feld mehr finden, beseitigt, wären. Diese Entwicklung ist nicht aufzuhalten.

Wir sehen also, selbst die maßgebenden Handelskreise finden für den Kapitalismus keine Rettung. Denn diese Krisis über Krisis ist das Ende des kapitalistischen Systems. Da nützt keine Bildung von Trusts, von Syndikaten mehr. Da ist auch nicht mehr eine künstliche Akkumulation des Kapitals möglich, in der Hoffnung, dadurch den Zusammensturz des morschen Gebäudes des Kapitalismus aufzuhalten. Der Kapitalismus liegt in den letzten Zügen, es gilt, ihm den Todesstoß zu versetzen.

Jugend-Bewegung.

K. Die Reichskonferenz der freien Sozialistischen Jugend Deutschlands im Mai d. J. zeigte uns den Sieg jener Richtung, die ideell und materiell dem Spartakusbund nachlief. Die Minderheit und Opposition der Konferenz, die auf dem Boden der K. A. P. steht, hat nunmehr die selbstverständliche Aufgabe, ihre Anhänger zu sammeln, ihnen einheitliche Richtlinien zu geben, kurzum, einig und geschlossen im Willen und Prinzip zur nächsten Reichskonferenz vorzubereiten.

Die nächste Reichskonferenz hat m. E. die Aufgabe, jene tiefen Gegensätze, die sich in unseren Auseinandersetzungen zeigten und zeigen, restlos zu klären und sie programmatisch zur Entscheidung zu bringen.

Die Opposition auf der Reichskonferenz schloß sich zur Fühlungnahme enger zusammen. Das Resultat ist ein Rundschreiben, das den Ortsgruppen und Jugendgenossen der Opposition zugesandt wurde. Leider ist es in der „Kommunistischen Arbeiterzeitung" nicht veröffentlicht worden.

Durch einen [illegible] — Verbot [illegible] daß es zu spät braucht — ist der Jugendzentrale dieses Rundschreiben in die Hände gefallen und in einer wohlen Kommende gegen auf die Opposition drauf los. Sorgt in Nummer 27 der „Jungen Garde" unter dem Titel „Spaltungsbestrebungen?" Jedes Satz dieses Artikels ist ergötzlich, nur hat vielen vom Spartakusbund gelernt, jedes das schamlose Denunzieren übertrifft — wie im Spartakusbund das schamlose Denunzieren übertrifft — wie im Spartakusbund — auch bei ihnen Sumos. Früh übt sich eben, was ein Meister werden will.

Aber auch die Berliner „Rote Fahne" des Spartakusbundes nimmt sich nachdem man seit der Reichskonferenz vergeblich nach Abhandlungen über die Jugendbewegung gesucht hat — schnell ein täglich erscheinendes Blatt ist. Jetzt, nachdem der Wahlrummel vorbei ist, man keine Wahlpropagande mehr nötig hat, nachdem man kraucht, hält es dieses Denunziantenorgan für nötig, ihren Freunden von der Jugendzentrale zu helfen, noch dazu unter der sattsam bekannten Ueberschrift: „Die „Klärungsmethoden" der K. A. P. D."

Der Opposition in der Jugendbewegung wird vorgeworfen, daß sie ihr Rundschreiben im Geheimen verbreitet, als ob die Jugendzentrale es verbreiten würde.

Aber nun, die Spaltung werde dadurch planmäßig vorbereitet, lediglich im Parteiinteresse hinter den Kulissen „gemacht". Wir kennen die Weise und kennen den Text. Es ist ja auch ein trickes, einem andern etwas zu unterschieben, was man selbst gerne wünscht. Und Ihr lieben Freunde von der Zentrale, nun kommt in Eurer Sitzung am 4. April — nachdem der Bericht vom Gründungsparteitag der K. A. P. erstattet war — unsere nun stattgefundene Reichskonferenz nicht schnell genug einberufen werden und wer beteiligte sich sehr auf schnellste Entscheidung der bestehenden Gegensätze? Nur dem energischen Auftreten unserer Genossen von der Opposition ist es zu danken, daß man sich vierundzwanzig Stunden Zeit zur Ueberlegung erbat und sich dann entschieden zu lassen.

Wenn die Jugendzentrale ihrerseits glaubt, das beste für die Jugend zu wollen, so ist die Opposition sicher desselben Glaubens, das beste für die Jugend und die Revolution zu tun. Die Opposition ist nicht so dumm und darf es nicht sein, sich ins Schlepptau der Zentrale nehmen zu lassen und anzusehen, wie ihr eines Tages der Stuhl vor die Tür gesetzt wird — wie der Spartakusbund es getan hat. Sie muß Herr sein oder ihre Anhänger halten, sie sammeln, um einer Spaltung vorzubeugen zu sein. Wünschenswert wäre es, wenn die Opposition ein eigenes Mitteilungsblatt schaffen könnte, das allerdings nicht geheim gehalten, sondern in die breiteste Oeffentlichkeit kommen würde. Vielleicht hilft dann die Jugendzentrale.

Jugendgenossen! Laßt Euch nicht einfangen von alten Tiraden und alten Kamellen wie Organisationsgeschäfte und, die jede Organisation gebrauchen, wenn sie und ihre Politik bekämpft wird. Die Geschichte der Parteien ist das Lehrreichste Schulbeispiel dazu. Je stärker der Mut und die Geschlossenheit einer Minderheit, umso besser für die Sache, und um Ausgang der Entwicklung ist sie der Sieger. Und wenn die zentrale kommt Jugend der Opposition [illegible] gehörende Antwort geben soll, so ist

Aus der Partei.

Ausbau der Parteipresse.

Die Genossen im Wirtschaftsbezirk Zwickau haben sich ein eigenes Organ geschaffen, die vorab wöchentlich einmal erscheinende „Kommunistische Arbeiter-Zeitung". Verbreitungsgebiet: Amtshauptmannschaften Zwickau, Werdau, Glauchau, sowie das gesamte Erzgebirge und Vogtland.

Aus dem badischen Musterländle.

In Karlsruhe fand am 31. Mai eine Mitgliederversammlung der K. A. P. D. statt, in der über den Ausschluß dreier Genossen beraten werden sollte, die unsere Richtung vertreten. Aber es kam erstens anders und zweitens als man denkt. Die Versammlung stellte sich auf unseren Boden. Daraufhin zogen die Zentralkommunisten ab und beriefen zum 2. Juni eine neue Mitgliederversammlung der für „rein" erscheinenden Genossen ein. Aber auch diese Versammlung stellte sich auf unseren Standpunkt und ist jetzt auch in Baden von uns Bresche geschlagen worden.

Aus Groß-Berlin.

Die Arbeitslosigkeit.

Die Zahl der arbeitslosen Metallarbeiter ist in voriger Woche um 10 000 auf den beiden paritätischen Arbeitsnachweisen gestiegen.

Der Schutzverband der Konsumenten.

In Arbeiterkreise drängen sich „Wohlbehemte" eines Schutzverbandes der Konsumenten von Groß-Berlin heran, um für die Ziele dieses Verbandes Anhänger zu gewinnen und denen einen Mitgliederbeitrag von 2 Mark abzunehmen. Ein Flugblatt des Verbandes ärgert sich besonders über die Unterschiebungen und sagt, daß man deshalb den Schutzverband gegen diese Bedrückung des Proletariats gegründet habe. Also eine „Gründung". Die ganze Sache ist eine ausgesprochen kleinbürgerliche Angelegenheit ohne irgend welchen Wert. Wir warnen davor, an diesen Konsumenten-Schutzverband Geld zu verschwenden.

Für Referenten.

Die Referenten-Zusammenkünfte finden jeden Sonnabend abends 7 Uhr statt.

Der Referenten-Ausbildungskursus findet ebenfalls jeden Sonnabend abends 8 Uhr statt.

Die Genossinnen und Genossen der Partei und Betriebsorganisation werden für alle Zusammenkünfte um pünktliches und regelmäßiges Erscheinen ersucht.

Spartakus hat Trauer.

In den Reihen derer von Spartakus herrscht tiefe Trauer. Alles ist so schön vorbereitet worden zur Stadtverordnetenwahl, man hat beschlossen, nur Stadtverordnete zu wählen, aber keine Bezirksverordnete, man hat beschlossen, daß die Herren „Stadträte" sich auch an Kommissionen beteiligen dürfen, und alle Beschlüsse sind vergebens. Man hat sich schon gefreut, bei Anstrengung aller Kräfte, bei eifriger Wahlpropaganda nicht 15 000 Stimmen wie bei der Reichstagswahl, sondern 15 001 Stimmen zu erhalten, aber auch diese Freude ist ihnen genommen. Denn Spartakus kann nicht ins Stadtparlament ziehen, die Hälfte dieser Ergrevolutionäre können nicht die geheiligten Räume betreten. Die Hälfte des Spartakusbundes ist nicht anerkannt worden, weil sie zu spät eingereicht worden ist.

Solche Gemeinheit auch! Da sieht man doch deutlich, daß das Wahlrecht in Wirklichkeit nur ein Ausnahmegesetz gegen Spartakus ist! Bei den Reichstagswahlen schon solch Pech, 7 Abgeordnete hätte Spartakus eigentlich zu verlangen, es können aber nur 2 in das „Haus des Volkes" einziehen, und dies sind ausgerechnet Hoefert und Klara Zetkin, für deren Tollheiligkeit und „nicht positive Arbeit" selbst Spartakus zittert; Paulchen abgeurteilt, eine ganze halbjährige Arbeit vergebens, und jetzt noch dies Malheur. Also wirklich, unser herzlichstes Beileid.

Es ist wirklich schade, daß Spartakus nicht in die „hohe Kammer" einziehen kann, wirklich schade. Wir hätten doch zu gerne gesehen, wie Spartakus sich dort bewegt hätte, wie er in den Kommissionen des Stadtparlaments die „Massen revolutioniert" hätte. Unzweifelhaft hätte die Stadtbuma auch ungeheuer gewonnen, wenn sie Größen bei sich beherbergt hätte, die in 24 Stunden Marx studiert haben.

Tiefe Trauer herrscht bei Spartakus, aber tröstet euch, wir erkennen euren Seelenschmerz und wissen ihn zu würdigen.

Charlottenburg.

Donnerstag, den 24. Juni 1920, abends 7 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Volkshaus, Rosinenstraße 4.

Mitgliedskarte legitimiert.

Die Bezirksleitung der K. A. P. D.
Der 13. Unterbezirk.

7. Bezirk, Osten.

Dienstag, den 22. Juni, abends 7 Uhr,

Oeffentliche Versammlung der Allgemeinen Arbeiter-Union

in den Prachtsälen des Ostens, Frankfurter Allee.

Eingesandte Schriften.

Revolution. Kampfblätter des revolutionären Proletariats. Unter diesem Titel erscheint im Verlage von Erich Rathke, Berlin-Lichtenberg, eine Schriftfolge, die sich zur Aufgabe gesetzt hat, die beste kommunistische Kampfliteratur zu bringen. Und sie scheint ihrer Aufgabe gerecht zu werden.

Heft 1 enthält die Rede Karl Liebknechts, die er 1916 auf dem Potsdamer Platz hielt und die ihm mehrere Jahre Zuchthaus einbrachte. Diese Rede hatte ein eigentümliches Schicksal: sie wurde nur von einem Franzosen aufgenommen und mußte aus dem Französischen ins Deutsche rückübersetzt werden.

Heft 2 enthält das bekannte temperamentvolle Gedicht Oskar Kanehls: „An Karl Liebknecht", den letzten Artikel Rosa Luxemburgs: „Ich war! Ich bin! Ich werde sein!" und den letzten Artikel Eugen Levinés: „Standrechtlich erschossen!"

Jedem, der ein Freund von revolutionärer Literatur ist, sei diese Schriftenfolge aufs wärmste empfohlen. G. B.

Zeitungs-Ausgabestellen der KAZ.

Berlin N. Danziger Straße 71, Lokal Aing.
" NO. Pallisadenstraße 22, vorm 3 Trp., Lipert.
" O. Weberstraße 6, Fr. Boß.
" S. Schönleinstr. 24, Plättgeschäft.
" SO. Wiener Straße 12, Laden.
Berlin N., Bornholmerstr. 56, Zigarrengeschäft Jendretzky.
SW. Wilhelmstraße 28 (von 4 bis 6 Uhr), Lokal
Berlin-Lichtenberg, Weser-Ecke, Kronprinzenstraße, Lokal Feicht.
" Gürtel 25, Buchhandlung Rathke.
Berlin-Mariendorf, Kurfürstenstr. 34, Jugendheim.
Berlin-Pankow, Gaillardstraße 17, Hof 1 Tr., Meibauer.
Berlin-Reinickendorf-West, Antonienstr. 61, Lokal Schulz.
Berlin-Steglitz, Flensburger- Ecke Düppelstr., Lokal Hente.
Berlin-Tegel, Bahnhof- Ecke Schöneberger Str., Lokal Bendeck.
Berlin-Tempelhof, Dorfstr. 45, Besohl-Anstalt.
Berlin-Weißensee, Lehder- Ecke Greifswalder Str., Lokal Prälaten, Inh. Dröger.
" " Berliner Allee 221, Welt-Lokal Maleck.
" " Prenzlauer Promenade 6, Lokal Kochler.
Berlin-Neukölln, Pannierstr. 24, Lokal Gläser.
" Nogatstr. 50 Ecke Selkestr., Lokal Moldenhauer.
Charlottenburg, Galvanistraße 1, Laden, Schwarting.
Britz, Chausseestr. 82, bei Mittag.
Rosenthal: Nieder-Straße, Bolz.
" Kronprinzen-Straße 14, Krenz.
Weidmannslust, Lokal Schweizerhof.

Neuerscheinungen

der Kommunistischen Arbeiter-Partei:

Otto Rühle: Die Revolution ist keine Parteisache . . . Preis 80 Pfg.
Karl Roche: Demokratie oder Proletarische Diktatur . . . Preis 1,— Mk.
Programm der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands 3. Auflage . . . Preis 60 Pfg.
Bericht über den Gründungs-Parteitag der K. A. P. D. . . . Preis 50 Pfg.
Karl Liebknecht: Rede, gehalten 1916 auf dem Potsdamer Platz . . . Preis 30 Pfg.
" Trotz alledem . . . Preis 15 Pfg.
Henri Guilbeaux: Karl Liebknecht . . . Preis 20 Pfg.
Rosa Luxemburg: Der Anfang . . . Preis 15 Pfg.
Revolution Nr. 2: Enthaltend die letzten Artikel von Rosa Luxemburg, Eugen Levinè usw. . . . Preis 50 Pfg.

Zu beziehen durch die Expedition der K. A. Z.

Lichtstrahlen.

Zeitschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Herausgeber: **Julian Borchardt.**

Aus dem Inhalt der letzten Hefte:
Die Gewalt in der Revolution. — Preis-Sturz. — Zum Verständnis des Marxismus. — Aus der Geschichte der Klassenkämpfe. — Karl Kautsky's Schuld am Weltkrieg. — Devaluation. — Der Kommunismus und die geistigen Arbeiter. — Von der gebesserten Valuta.

Die Lichtstrahlen erscheinen **2 mal monatlich**. Man abonniert beim Postamt für **6,60 Mk. pro Quartal** (Einzelheft 1,20 Mk.). Kolporteure erhalten Rabatt.

Verlag der Lichtstrahlen
Berlin-Lichterfelde, Hedwigstraße 1.

Kommunistische Literatur

Die Internationale, Heft 2—14, pro Nummer	Pr. 0,30 Mk.
Die Kommunistische Internationale, Heft 1	„ 1,50 „
„ „ „	„ 1,— „
„Geist", Heft 1 und 2	„ 0,50 „
Rosa Luxemburg: Rede zum Programm	„ 1,— „
Lenin: Die große Initiative	„ 1,50 „
— Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht	
— Die Diktatur des Proletariats und der Renegat Kautsky	„ 1,50 „
Radek: Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat	„ 0,60 „
— Die russische und die deutsche Revolution und die Weltlage	„ 0,60 „
— Die internationale Lage und die äußere Politik der Räteregierung	„ 0,40 „
— Deutschland und Rußland	„ 0,30 „
Die Verfassung der russischen Sowjetrepublik	„ 0,50 Mk.
Trotzki: Von der Oktober-Revolution bis zum Brester Friedensvertrag	„ 1,50 „
Bucharin: Vom Sturze des Zarismus bis zum Sturz der Bourgeoisie	„ 1,50 „
Katajew: Der Terror der Bourgeoisie in Finnland	„ 1,50 „
Marx: Das Kapital, kl. Ausgabe von Julian Borchardt	„ 12,— „
Das Programm der Kommunisten	„ 2,50 „
„ „ „ K. P. Rußlands	„ 0,50 „
Russische Korrespondenz, Heft 5	„ 1,— „
Das Zuchthaus-Urteil gegen Karl Liebknecht	Pr. 3,— geb. 9,50 Mk.
Paul Lange: Die Politik der Gewerkschaftsführer	„ 0,40 „
Dr. Broh: Kritik des Aktionsprogramms der USP.	„ 1,50 „

Außerdem alle andere kommunistische Literatur.

Organisationen und Händler erhalten hohen Rabatt. Bestellungen an die Expedition der KAZ. erbeten.

Allgemeine Arbeiter-Union

Arbeitslose und Einzelmitglieder können ihre Beiträge jeden Donnerstag, abends 6 Uhr, in folgenden Lokalen entrichten:

2. Bezirk: SW., Stallschreiberstr. 43 bei Washausen.
3. " N., Ravenstr. 6.
4. " Pankow, Kaiser Friedrich Str. bei Griffel.
5. " Weißensee, Lehder Ecke Greifswalderstr., b. H. Dröger.
6. " O., Simon Dach Str. 1.
7. " SO., Manteuffelstr. 47.
8. " Neukölln, Hermannstr. 11.
9. " Tempelhof, Berliner Ecke Kaiser Wilhelmstr. bei Obst.
10. " Steglitz, Flensburger Ecke Düppelstr. (Gemeindev. 7-9).
11. " Schöneberg, Apostel Paulus Str. 33 bei Bauer.
12. " Charlottenburg, Hohenzollernstr. 35.
13. " Spandau, Kleine Mittelstr. 16.
14. " Reinickendorf, Aktienmarkt bei Sturz.
15. " Lichtenberg, Weser- Ecke Kronprinzenstr.
16. " Oberschöneweide, Wilhelminenhofstr. 43 bei Pampe.
17. " Hohenschönhausen bei Nachtigall.
19. " Mitglieder, die Ausschluß verloren haben, melden sich in diesem Lokalen.

Sozialwissenschaftliche Verlagsbuchhandlung ERICH RATHKE

Berlin-Lichtenberg, Gürtelstrasse 25

Sämtliche KOMMUNISTISCHE SCHRIFTEN insbesondere von Laufenberg und Wolffheim.

Das Zuchthausurteil gegen Karl Liebknecht, geb. in Geschenkausgabe M. 9,50

Der Terror der Bourgeoisie in Finnland. Katajew 1,50 Mk.

Neu erschienen: Revolution Nr. 2 mit „Standrechtlich erschossen" von Levinè. „Ich war! Ich bin! Ich werde sein!" von Rosa Luxemburg usw. Pr. 0,50 Mk.

Ständige Ausstellung proletarischer Kunst.

Aus Hannover.

Am Sonnabend, den 19. Juni, abends 7 Uhr

General-Versammlung

in Eulenburg's Gesellschaftshaus, Vahrenwalderstr. 22.

1. Vortrag: Die politische Lage nach den Reichstagswahlen.
2. Verschiedenes.

Verantwortlicher Redakteur: Stahl, Berlin. Druck und Verlag: Verlag der K. A. P. D., Berlin.

Nummer 105. Preis 30 Pfg.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbez. Groß-Berlin

Redaktion u. Expedition Berlin SW. 68, Wilhelmstr. 32. Telefon Amt Jäger 1 Nr. 1—4 Uhr geöffnet.

Der Bankrott der Demokratie.

Der Bankrott der parlamentarischen Demokratie und die Diktatur der Entente-Hütel.

Es liegt eine unendliche Komik darin: Am 6. Juni sollte alles, was durch Ententegewaltstaaten gemacht, irgend etwas an der Periode des kapitalistischen Zerfalls ändern zu können, man wohl in der Hoffnet, eine Regierung gefunden zu haben, es und erfüllt vergangen Tage hatte, daß man auf parlamentarischen Gebiet Kriegsgefahr bringen lassen, daß man vielleicht die Regierung von Deutschland lassen muß, die die Revolge haben, auch ohne parlamentarische Mehrheit zu regieren! Der Gedanke der Diktatur der Bourgeoisie, diese Diktatur, in die Diktatur der Bourgeoisie, Mehrheit, d. h. eine Diktatur des Kapitals, Sieg der Finanzkapitalisten, Spekulanten und verfassungsmäßigen Bestimmungen, das Ordnungsgroß auch Recht und der Bestimmungen, das erfüllt, eine Kriegsfront, der „Schlachtruf".

Dieser jede Mitgliedschaft von Regierung hat eine Politik, deren Politik wir uns klar, die wissen und Ziele, die Ziele der Gesetzgebung entgegenarbeiten. Nach Beschluß der Regierung haben die Ententegesandten Regierung in Deutschland, die sich Berlin Frankfurt, Hamburg, Hannover, Stuttgart, Dresden, Leipzig, Bremen, Kiel, Wiesbaden, Köln, Mainz, Koblenz, Essen, Bielefeld, Kassel, Nürnberg, Augsburg, Mannheim, Karlsruhe, Frankfurt a. M. und Wiesbaden, Kiel, Hamburg, Bremen, Hannover, Leipzig, Dresden, Chemnitz, Zwickau, Gotha, Jena, Weimar, Erfurt, Halle, Magdeburg, Braunschweig